

Resolution zur Stärkung des ländlichen Raum

1. Die **Fraktion der Freien Wähler Freiensteinau** haben zur Sitzung der Gemeindevertretung am 12.12.2007 eine dreiseitige Resolution „**zur Stärkung der ländlichen Region**“ eingebracht, die von unserer Gemeindevertretung – nach einer von der SPD-Fraktion beantragten Sitzungsunterbrechung – dann einstimmig beschlossen wurde.

U.a. heißt es: „**Der Hessische Landtag und die Hessische Landesregierung werden aufgefordert, die grundsätzlich bestehenden strukturellen Nachteile des ländlichen Raum durch geeignete Maßnahmen auszugleichen bzw. stärker zu fördern.**

Insbesondere in den Bereichen

- ❖ **Kommunaler Finanzausgleich/Schlüsselzuweisung**
- ❖ **Hessisches Kommunal-Abgabengesetz**
- ❖ **Wasserversorgung und Abwasserentsorgung**
- ❖ **Dorferneuerung**

sind dringend andere Regelungen und Festsetzungen erforderlich, um den Besonderheiten des ländlichen Raum Rechnung zu tragen.“

Im **Kommunalen Finanzausgleich des Landes Hessen** ist bisher die Einwohnerzahl (neben den Steuereinnahmen) maßgebender Parameter bei der Ermittlung der Schlüsselzuweisung; dies ist, unserer Meinung nach, seit der Gebietsreform Anfang der 70iger Jahre ein Grundfehler des Systems.

Gerade auch bedingt durch die demografische Entwicklung (immer weniger Einwohner bei gleichbleibend aufrecht zu erhaltender Infrastruktureinrichtungen – Feuerwehr, DGH, Backhäuser, Wasser- und Abwassernetz mit den Pumpstationen, Hochbehälter Kläranlagen, Gemeindestraßen, Sporteinrichtungen, Kindergarten) haben insbesondere die Gemeinden in den ländlichen Regionen künftig wenig Chancen zu „überleben“.

Der **KFA** müsste sehr viel mehr auf die Strukturen einer Gemeinde abgestimmt werden; neben der Anzahl der einzelnen Dörfer einer jeweiligen Großgemeinde müssten die o.e. Infrastruktureinrichtungen „**Ermittlungs-Parameter**“ werden, um diese enormen Dauerlasten zur Erhaltung und auch Förderung der Dorfgemeinschaften finanzieren zu können.

Auch das **Hess. KAG** müsste im Hinblick auf die spezifischen Strukturen in den ländlichen Regionen mit überwiegend ehemals oder auch noch aktuellen landwirtschaftlichen Gehöften eine Aufweitung erfahren.

Bei Veranlagungen von Erneuerungsbeiträgen (z.B. Abwasser-EKVO) ist es nicht mehr haltbar, diese meist großen Grundstücke (ab 2000 m² aufwärts) mit Beiträgen zu belasten, da diese Grundstücke heute nur noch einfach bewohnt werden; die über 1000 m² hinausgehenden großen übrigen beitragspflichtigen „Freiflächen“ können nicht mehr – anders als in den Ballungsräumen mit entsprechender baulicher Vermarktung – einer wirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden.

Es kommt immer mehr vor, dass die Erschließungskosten höher als der eigentliche Wert für Grund und Boden sind.

Es müsste eine Regelung im HKAG aufgenommen werden, die der einzelnen Gemeinde es überlässt, auf Grund ihrer eigenen „Bebauungsstruktur“ eine max. Beitragsgrundstücksfläche (z.B. Durchschnitt aller bebauten oder bebaubaren Grundstücke in der Gemeinde) festzulegen. Diese wäre insgesamt gerechter,

wenn gleich auch wieder eine **Nacherhebungspflicht zu Beiträgen in das KAG** aufgenommen werden müsste, und zwar für die Grundstücksfläche, die künftig eine über die Durchschnittsfläche hinausgehende bauliche oder gewerbliche Nutzung erfahren würden.

Abwasser-Sonderprogramm „EKVO“

- * Forderung nach längerer Laufzeit (auch über 2008 hinaus)
- * Forderung nach direkten pauschalierten Zuwendungen (ohne Verpflichtung zur Kreditaufnahme)

Anmerkung: Der ländliche Raum (insbesondere in den Mittelgebirgslagen) ist auch hier wegen seiner schwierigen, kostenintensiven Bodenverhältnissen benachteiligt. Hessenweite Durchschnittswerte (pro lfdm. Kanal = €) ist für den ländlichen Raum erheblich nachteilig.

Dorferneuerung in Hessen

- * Forderungen nach Beibehaltung dieses Förderprogramms
- * Forderung nach Entzerrung der zeitintensiven und kostenträchtigen Bürokratie Einführung von Pauschalen mit Verwendungsnachweisführung gem. dem **aufgestellten** und **abgestimmten Dorfentwicklungs-Konzept**. Zuschläge bei den Fördersätzen für finanzschwache Gemeinden im ländlichen Raum.

Mit dieser Resolution soll der demografischen Entwicklung entgegengewirkt und die ländlichen Regionen gestärkt werden. Des Weiteren sollte ein gemeinsames Auftreten ALLER Gemeinden und Kommunen im Vogelsberg angestrebt werden, um der Resolution mehr Nachdruck zu verleihen. Wir fordern durch diese Resolution die Landesregierung auf, nicht nach dem Gießkannensystem zu verfahren, sondern Programme auszuarbeiten, um die ländlichen Regionen zu stärken und dem Ausbluten entgegenzuwirken.

Begründung:

Die Belastungen der Einwohner der ländlichen Regionen stehen im Vergleich zu Bewohnern von Städten in keinem Verhältnis.

Allein aufgrund der größeren Grundstücksgrößen, die bewohnt werden, sind die Belastungen

im Bereich, Wasser, Abwasser, etc. viel höher. Es ist jedoch nicht möglich, die freien Flächen im Gegensatz zu Städten wirtschaftlich zu verkaufen oder zu bebauen.

Investitionen an Haus- oder landwirtschaftlichen Gebäuden können aufgrund der hohen Belastungen nicht durchgeführt werden.

Des Weiteren sind die Bürger mit höheren Energie- und Fahrtkosten belastet.

Viele Bürger müssen, um zur Arbeit zu kommen, auf den eigenen PKW oder mit öffentlichen Verkehrsmittel zurückgreifen, da auf dem Land die Infrastruktur für die Industrie nicht gegeben ist. Firmen siedeln sich an Autobahnen und Ballungsgebiete an.

Es wäre daher erstrebenswert, dass die Gemeinden und Kommunen eigene Schlüssel erstellen zu können, um Ihre Bürger angemessen zu belasten und nicht nach den, oftmals überhöhten Vorgaben von Kreis und Land.

Mit obigem Antrag stellen wir dies zur Abstimmung/Entscheidung.

Mit freundlichen Grüßen

Fraktion FW – Freie Wähler

Kurt Decker
(Fraktionsvorsitzender)

Mit einem solchen Thema hat sich offensichtlich eine Fraktion oder ein Gemeindeparlament überhaupt das erste Mal in unserer Vogelsberg-Region sehr detailliert beschäftigt.

Es bestand in der Gemeindevertretung Einvernehmen darin, dass diese Resolution nicht in den Landtagswahlkampf eingebracht werden soll, um nicht „unter zu gehen“; der GV-Beschluss sollte mit einem Anschreiben u.a. an die zuständige neue Landesregierung und an die neuen Landtags-Fraktionen ergehen.

2. Bürgermeister Kopp hat diese Resolution an etliche Bürgermeister/Mitglieder von Gemeindegremien weitergereicht mit der Bitte um analoge Beschlussfassungen, da solche Änderungen nur im Zusammenhalt ähnlich betroffener Kommunen eine „Wirkung“ erzielen.
3. Auch im **Hauptausschuss des Hess. Gemeindebundes** im Dezember 2007 hat Bürgermeister Kopp die Inhalte der Freiensteinauer Resolution in die auf der Tagesordnung stehende „Strukturreform des kommunalen Finanzausgleichs (KFA)“ eingebracht.

Teil-Ziele der Resolution finden sich auch im **„Gemeinsamen Papier der kommunalen Spitzenverbände – Ziele und Handlungsfelder 2008-2013, Ziele der hessischen Kommunen an Hess. Landtag und Landesregierung“**, was auch in der gleichen Hauptausschuss-Sitzung diskutiert und verabschiedet wurde.

4. Die Bürgermeister/in von Schotten, Lautertal, Grebenhain, Herbstein und Freiensteinau haben sich am 10.06.2008 im Herbsteiner Rathaus getroffen und dabei folgende Themen in einem offenen Brief an die Hess. Landesregierung und die Landtags-Fraktionen formuliert:
 - Problematik des § 28 Hess. Kinder- und Jugendhilfegesetz – Kostenausgleich für Kindergarten-Nutzungen zwischen Besuchs- und Wohnort-Gemeinden
 - Eigenkontrollverordnung (EKVO) – Abwasserentsorgung
 - Kürzung der Fördermittel in der Dorferneuerung

Auch in diesem Brief sind Inhalte unserer Resolution enthalten.
Von einer Landtags-Fraktion liegt bereits eine Antwort vor.

Die Unterzeichnung des offenen Briefes war übrigens im LA vom 11.06.2008 mit Bild nachzulesen.

5. Direkt im Anschluss an dieses Bürgermeister-Treffen in Herbstein hat Bürgermeister Kopp bei einem anderen Termin genau diesen offenen Brief mit weiteren Unterlagen an

einen SPD-Kollegen zur weiteren „Verwertung“ ausgehändigt; Ergebnis davon ist der im SPD-Pressebericht angeführte offene Brief der SPD-Bürgermeister aus dem Altkreis Alsfeld.

6. Auch bei einem **Treffen der Gruppe der Parteiunabhängigen Bürgermeister im Lande Hessen mit Ministerpräsident Koch und weiteren Ministern am 15.11.2007** waren die Themen „KFA“, Hess. Kommunal-AbgabenGesetz“ Gegenstand der Tagesordnung. Mit Schreiben vom 12.11.2007 hatte ich die Bürgermeister-Gruppe über diese Inhalte und Forderungen zur Änderung informiert.
7. All diese aktiven nachweisbaren Handlungen machen deutlich, wie die Freiensteinauer Resolution bisher „umgesetzt“ wurde.
Die dazu von der SPD Freiensteinau erhobenen Vorwürfe gegen den Bürgermeister lösen sich damit in heiße Luft auf!

Die SPD Freiensteinau ist aufgefordert, ihren Einfluss auf Landes- und Bundesebene so nachdrücklich geltend zu machen, damit die Ziele der Freiensteinauer Resolution erreicht werden.

Letztlich zählen Taten, sprich, wir brauchen Gesetzesänderungen zur Stärkung der ländlichen Regionen.

8. Die aktuellen Auswirkungen der Bund-Länder Förderalismus-Reform I+II sowie anstehende Gesetzesvorhaben (Gemeindefinanz-ReformGesetz) lassen weitere Nachteile für ländlich geprägte Gemeinden erwarten:
- So ist das **(Bundes)Gemeindeverkehrsfinanzierungs-Gesetz (GVFG)** per **31.12.2006** ausgelaufen; Ersatzförderung bisher Fehlanzeige!
 - Die Regelförderung „**Dorferneuerung**“ (Land) wurde ab 2007 um 20 % reduziert mit erheblichen finanziellen Nachteilen für gerade finanziell schwache Gemeinden.
 - Der **neue Verteilungsschlüssel für die Einkommensteueranteile** (zuständig SPD-Finanz-Minister Steinbrück) **ab 2009 bis 2011** wirkt sich für die **Vogelsberger Gemeinden** mit einem Minus bis zu 220.000,- €/Jahr und Einzelfall aus.

Schon diese Beispiele zeigen mehr als deutlich auf, dass die Parteien und ihre Vertreter aufgefordert sind, endlich die Stärkung der ländlichen Regionen zum Schwerpunkt ihrer Bundes- und Landespolitik zu machen.

Populistische – mit Unterstellungen und Halbwahrheiten gespickte – Presseverlautbarungen zu einem solchen ernsthaften und für uns Vogelsberger lebensnotwendigen Zukunftsthema helfen uns auf Gemeindeebene nicht weiter!

Friedel Kopp, Bürgermeister, 26.06.2008